



Forschung

# **Aiwanger: "Wir müssen alles unternehmen, dass Deutschland ein attraktiver Standort für Arzneimittelproduktion bleibt. Die Risiken und Nebenwirkungen von Rabattschlachten und Kürzungsprogrammen sind unverantwortliche Versorgungsengpässe."**

02. Februar 2023

MÜNCHEN Nach einem Bundesratsantrag zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz hat Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger seine Kritik beim Expertendialog Arzneimittel erneuert. „Das neue Gesetz vertreibt innovative Pharmaunternehmen aus Deutschland. Die Folge sind weniger neue Arzneimittel. Mit seinem neuen Gesetzesvorstoß konterkariert Bundesminister Lauterbach alle Bestrebungen zur Stärkung der Arzneimittelproduktion in Europa,“ sagt Aiwanger. „Die einheimische Generikaproduktion ist aufgrund des massiven Kostendrucks schon fort. Alleine zwischen 2010 bis 2020 beliefen sich die Rabatte auf rund 72 Milliarden Euro. Die Folge sind die aktuellen Versorgungsengpässe bei Kinder-Arzneimitteln, Antibiotika und Krebsmedikamenten. Die Folgen waren zu erwarten und es muss jetzt alles unternommen werden, damit sich dies nicht wiederholt. Die Risiken und Nebenwirkungen von Rabattschlachten und Kürzungsprogramme sind unverantwortliche Versorgungsengpässe.“

Der Expertendialog Arzneimittel findet im Rahmen des Bayerischen Pharmagipfels statt, bei dem das Bayerische Wirtschafts- und Gesundheitsministerium seit 2015 im engen Dialog mit den Pharmaunternehmen und -verbänden steht. Der Expertendialog

beschäftigte sich unter anderem mit dem Thema Klinische Forschung. „Deutschland droht auch hier im internationalen Wettbewerb immer weiter zurück zu fallen,“ sagt Aiwanger.

Daher fordert Aiwanger: „Der Bund muss endlich eine Arzneimittelstrategie in Angriff nehmen, um der innovativen Gesundheitswirtschaft in Deutschland mit ihren enormen Potenzialen eine Marktchance zu eröffnen. Für mich stehen die Sicherstellung der Versorgung der Patienten mit Arzneimitteln, der Erhalt und die Verlagerung der Arzneimittelproduktion nach Europa sowie die Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen an erster Stelle, um den Forschungs- und Produktionsstandort Deutschland attraktiv und konkurrenzfähig zu machen. Der Bundesrat hatte bereits im letzten Jahr den Bund aufgefordert, europäische Produktionsstandorte und eine Vielfalt der Anbieter durch Mehrfachvergaben zu unterstützen. Aber anstelle der Ursachenbekämpfung doktert Gesundheitsminister Lauterbach nur an Symptomen herum. Wir brauchen in Europa eine höhere Widerstandsfähigkeit bei der Arzneimittelverfügbarkeit. Die Pharma- und Biotechnologie-Unternehmen sind ein hochinnovativer Wirtschaftszweig, den wir unbedingt unterstützen müssen und werden. Das sollte auch der Bund verstehen.“

Dr. Patrik Hof  
Stv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 35/23